

DR. JOACHIM H. SPANGENBERG

Research Coordinator, Sustainable Europe Research Institute SERI Deutschland e.V.
Vorstand, Naturwissenschaftler/innen-Initiative, Executive Committee, INES Netzwerk
Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland BUND, AK Wirtschaft und Finanzen

Wohlstand ohne Wachstum –aus der Nische in die Breite

Ausgangspunkt

Wir leben in einer singulären Epoche, einer einmaligen Periode in der historischen Phase der Menschheitsentwicklung: noch nie sind so viele Dinge so gleichzeitig so schief gegangen. Wir erleben gerade eine Wirtschaftskrise, ausgelöst durch eine Krise der Finanzmärkte, und die resultierende Verschuldungskrise wird durch eine Verschärfung der sich seit Jahren kumulierenden sozialen Krise zu lösen versucht (immerhin bis zu einem Drittel der Bevölkerung sind oder fühlen sich in einer prekären Situation, sind also Teil des objektiven und subjektiven Prekariats, der hohe Sockel an Langzeiterwerbslosigkeit wächst mit jeder Wirtschaftskrise weiter). Diese Bürger/innen waren am härtesten von der Energiepreiskrise 2008 betroffen und werden es erneut sein, denn wir sehen – weitgehend untätig - weiteren und schlimmeren Energiekrisen entgegen (die zur Schließung der Versorgungengpässe notwendigen Investitionen wurden in der Krise zurückgefahren, sodass auch die IEA mit einer Wiederholung der Krise rechnet, sobald die Konjunktur wieder anspringt), können in absehbarer Zeit mit Peak Oil und im Laufe des Jahrhunderts mit Peak Everything rechnen, sind also in Punkto Ressourcen auf dem Wege von einer Überfluss- zu einer Mangelgesellschaft. Eine Umstellung auf biogene Ressourcen ist schon rein quantitativ nicht möglich, aber auch weil wir zunehmend mehr Biodiversität vernichten und damit die Reproduktion überlebenswichtiger Dienstleistungen der Ökosysteme wie Wasserreinigung, Bodenfruchtbarkeit und Kohlenstoffspeicherung unterminieren und so den wichtigsten Puffer gegen den fortschreitenden Klimawandel gerade dann eliminieren, wenn wir ihn am notwendigsten brauchen würden um Zeit für die seit 30 Jahren verschleppten Maßnahmen zum Klimaschutz zu gewinnen. Nach jetzigem Stand wird das 2°-Ziel nicht eingehalten werden (dass bereits erhebliches Leid und Opfer beinhaltet), sondern wir steuern eher auf 3-4° Erwärmung zu (globaler Durchschnitt, also. ca. 6-8° über Land). Die Unfähigkeit, solche existenziellen Probleme anzugehen hat die Glaubwürdigkeit der Politik unterminiert und zu einer Krise der politischen Institutionen geführt. Die Herausforderungen werden nicht klar benannt, und das trägt zur mangelnden Akzeptanz von Lösungsvorschlägen bei, ebenso wie zu einem diffusen Klima der Verunsicherung, dass einen idealen Nährboden für die Vertreter der einfachen Antworten bietet.

Es handelt sich offensichtlich nicht um unverbundene Einzelereignisse, sondern um zusammenhängende und sich gegenseitig bedingende bzw. verstärkende Phänomene. Sie müssen also gleichzeitig angegangen und gelöst werden, sonst werden die ungelösten Krisen die Lösungen der anderen unmöglich machen oder die erreichten Erfolge wieder zu Nichte machen. Mit anderen Worten: wo so viel falsch läuft geht es nicht nur um kosmetische Kurskorrekturen, sondern um eine Revision des zugrundeliegenden Modells des fossilen Kapitalismus und die Ablösung seiner „Allzweckwaffe“, der Steigerung des BIP, durch eine Politik die sich wieder Ziele setzt und sich an deren Erreichung messen lässt. Statt dessen mussten wir beobachten, wie die Spitzen der Welt(finanz)wirtschaft nach dem Ausbruch der Krise in eine Phase tiefen Nachdenkens und kritischer Selbstreflektion gerieten – für ca. drei Wochen, dann war die alte Linie zurück und wird im Zeichen der Krise noch verschärft. Obwohl das Rezept versagte wird es nicht geändert sondern wurde – zumindest auf Seiten der Wirtschaftsführer – eher radikalisiert. Die Wirtschaft scheint von griechischen Unruhen, britischen Streiks und französischem Boss-Napping nicht so beeindruckt, dass sie ihre Strategie ändern würde. Noch immer gilt der Neoliberalismus den Eliten in Wirtschaft, Politik und Medien als Erfolgsmodell (und für die obersten

20% der Haushalten war er das ja auch), und erst weniger erkennen dass die Arroganz der Macht die Basis der Macht gefährden könnte.

Diesen großen Herausforderungen stelle ich einige kleine Schritte gegenüber, Maßnahmen im hier und jetzt, von denen wir hoffen dass sie eine Breitenwirkung entfalten, insbesondere durch Mobilisierung des öffentlichen Interesses an und der Unterstützung für eine Alternative zum auf ewiges Wachstum festgelegten Modells der fossil-kapitalistischen Moderne.

Was tun?

Der Übergang zu einer Postwachstumsökonomie und –gesellschaft hat zahlreiche Aspekte und steht zahlreichen Hindernissen gegenüber, die von verschiedenen Akteuren in unterschiedlicher Weise angegangen werden können und müssen.

So war *SERI*, unser kleines Forschungsinstitut, Mitveranstalter der ersten internationalen Sustainable Degrowth Conference 2008 in Paris, und an der zweiten Konferenz im Frühjahr 2010 in Barcelona beteiligt (die Konferenzdokumentationen stehen auf der Internetseite des Sustainable Degrowth Network zum kostenlosen Download zur Verfügung). Jetzt prüft *SERI* Deutschland die Möglichkeit, die dritte internationale Sustainable Degrowth Conference im Frühjahr 2012 in Deutschland durchzuführen, als internationale Fachkonferenz verbunden mit parallelen Zügen in denen alle diejenigen Akteure eigenverantwortlich ihre Einsichten und Aktivitäten darstellen können, die nach sozial und ökologisch nachhaltigen Wegen aus der Wachstumsfalle, der Loslösung vom Wachstumsparadigma suchen. Der letzte Tag dieser mehrtägigen Konferenz soll dann nicht mehr der Wissenschaft gehören, sondern Aktivisten, soll nicht mehr Fach- sondern Aktionskonferenz sein auf der die Vertreter/innen unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen eigene und gemeinsame Aktionen vorstellen und weitere Kooperationsmöglichkeiten ausloten können.

Sie alle sind eingeladen, an der Planung, Gestaltung und Realisierung dieser Konferenz mitzuwirken.

Die Naturwissenschaftler/innen-Initiative für Frieden und Zukunftsfähigkeit, zusammen mit ihrem internationalen Dachverband *INES*, dem *International Network of Engineers and Scientists for Global Responsibility* erwähne ich, weil der Versuch, bei Ressourcenmange die Wachstumsorientierung aufrecht zu erhalten unweigerlich in Konflikte und wahrscheinlich in Kriege führen wird. Ressourcenpolitik nach innen muss also einhergehen mit einer Friedenspolitik nach außen, die nicht auf Dominanz sondern auf Partnerschaft setzt („Der Übergang von der klassischen Machtpolitik zur sachlichen Friedenspolitik [...] muss als der Ziel- und Methodenwechsel von der Durchsetzung zum Ausgleich der Interessen begriffen werden.“ Willy Brandt, Nobelpreisrede).

Diejenigen unter uns, die an Frieden und Abrüstung, Sustainable Development und Responsible Science and Technology interessiert sind weise ich auf das kostenlose (d.h. Open Source) Online-Journal „Global Responsibility“ hin, das wir für *INES* herausgeben.

Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland BUND

Insbesondere vertrete ich hier aber den AK Wirtschafts- und Finanzpolitik des BUND, des mit einer halben Million Mitglieder und Förderer der größten Umweltverbandes Deutschlands. Der BUND erarbeitet zur Zeit eine Position zum Thema „Wachstum“, die unter dem Arbeitstitel „Fortschritt statt Wachstum“ steht: es geht nicht um mehr, sondern um anderes, um Fortschreiten in eine bestimmte, genauer zw. zu bestimmende Richtung, nämlich Nachhaltigkeit. Der BUND wirkt aus seiner Nische heraus auf drei Ebenen auf die gesamtgesellschaftliche Realität ein: auf der Ebene der gesellschaftlichen Ziele und Werte, derjenigen der Politikbeeinflussung. Politikwissenschaftlich gesprochen spricht der BUND alle Ebenen des Institutionengefüges an: die Orientierungen, Mechanismen und Organisa-

tionen die die alltägliche Lebensführung und die Alltagsroutinen der Menschen beeinflussen ebenso wie die politische Prioritätensetzung.

1. Gesellschaftliche Ziele und Werte (Wachstum als Leitwert)

- Das Reden vom Wachstum, und damit die Wachstumspolitik, werden heute in breiten Kreisen der Bevölkerung als das Versprechen eines besseren Lebens verstanden, das zunehmend nicht (mehr) eingehalten wird.
- Diese „Ent – Täuschung“ der Nicht-Privilegierten schlägt ohne eine richtungsweisende und handlungsleitende Alternative schnell in Frustration um und kann (ebenso wie das Versäumnis, die Krisen der Gegenwart klar zu benennen) die Glaubwürdigkeit des demokratischen Systems unterminieren und den Vertretern der einfachen Antworten auf der extremen Rechten gefährlichen Auftrieb geben.
- Notwendig ist deshalb die Arbeit an realitäts- wie zukunftsstüchtigen Alternativen ebenso wie das klare Aussprechen dessen was kommt wenn nicht umgesteuert wird (und die Entlarvung des Glaubens an die Fortsetzbarkeit des *status quo* als Illusion). Mit anderen Worten: wir brauchen Sog und Druck (neudeutsch „push and pull“), und ebenso das Besetzen oder Prägen von Begriffen um diese neue Orientierung darzustellen und kommunikativ hegemonial machen zu können.

2. Politikbeeinflussung (Wachstumspolitik)

- Der BUND streitet mit Öffentlichkeitsarbeit, Mobilisierung und Lobbying gegen oder – seltener – für bestimmte Politiken, die mit Umwelt und nachhaltiger Entwicklung verbunden sind. Dazu gehören auch Strategien der Finanz- und Steuerpolitik (z.B. Ökosteuer) oder für die soziale Ausgestaltung der Umweltpolitik.
- Auf der Ebene der Politikstrategien ist es wichtig, das reale Wachstum der Wirtschaft mit meist ökologisch negativen und zeitweilig sozial positiven Konsequenzen zu unterscheiden von der Wachstumspolitik der (neoklassisch begründeten) Privatisierung öffentlicher Güter, Deregulierung (nicht nur der Finanzmärkte, sondern auch im Umwelt- und Sozialrecht sowie durch den Abbau von Implementations- und Kontrollinstitutionen), Globalisierung und Exportorientierung. Die letztere bedroht die ökologische Integrität und die Restbestände sozialer Errungenschaften (so weist Deutschland inzwischen mit die höchste Ungleichheit in der Verteilung von Einkommen und Vermögen in Westeuropa auf), lange bevor der erste Cent Zuwachs des BIP erreicht ist, und auch ohne dass dieser sich jemals realisiert.
- Schwerpunkt der BUND-Argumentation ist daher der Widerstand gegen die Wachstumspolitik, und das Aufzeigen von Alternativen. Gerade wegen der negativen sozialen Wirkungen der Wachstumspolitik (die der BUND erkennt, für die er aber kaum kompetent und legitimiert ist, Alternativen zu entwickeln) sucht der BUND die Zusammenarbeit mit anderen Organisationen, die ebenfalls daran interessiert sind, ökologisch und sozial zukunftsfähige Alternativen zur Wachstumspolitik zu entwickeln und durchzusetzen.

3. Konkrete Projekte (Wachstumsmanifestationen)

- In hunderten von Kampagnen und Projekten auf allen Ebenen sind BUND Mitglieder, Kreisgruppen und Landesverbände mit den Folgen von Wachstumserwartung und Wachstumspolitik konfrontiert. Von der Ausweisung von Industriegebieten einschließlich Biodiversitätsverlust und Bodenversiegelung bis zum Bundesverkehrswegeplan, der den Weg für den erwarteten massiven Anstieg des PKW und insbesondere des LKW-Verkehrs frei machen soll: immer wieder ist es die Wachstumshoffnung und –erwartung, die zu ökologisch destruktiven Planungen führt.

- Deshalb kann auch jedes dieser Projekte, und jede dieser Kampagnen dazu beitragen, die Wachstumsillusion zu delegitimieren, den Preis aufzuzeigen, den wir für das Aufrechterhalten der Wachstumsillusion Tag für Tag zu zahlen haben – und den auch oft genug Verwaltungen, Politik und viele Bürger/innen zu zahlen bereit sind.

Die Alternativen

Die vielbeschworenen Alternativen, wie könnten sie aussehen? Hier einige persönliche Vorschläge, wiederum gegliedert nach den drei institutionellen Ebenen

1. Orientierungen, gesellschaftliche Wertediskussionen

- Diskussion der – laut Brundtlandbericht – zwei zentralen Kriterien nachhaltiger Entwicklung: der Orientierung der wirtschaftlichen Entwicklung an den Bedürfnissen der Menschen, insbesondere der Ärmsten, und die Anerkennung von Grenzen, insbesondere des Umweltverbrauchs (hier wären Obergrenzen von Ressourcenkonsum, Energieverbrauch, Flächenversiegelung, Einkommen etc. konkret zu diskutieren).
- Denk-, Reflexions- und Begegnungsräume schaffen, in denen der Austausch und die Entwicklung von Ideen stattfinden kann. Die Universitäten haben diese Fähigkeit weitgehend verloren und werden sie unter dem Einfluss von Bologna und bei Einführung von MA und BSc nicht wiedergewinnen (die Umbenennung von „Universität“ in „Hoch-Schule“ wäre angemessen). Sie sollten die Möglichkeit bieten, radikal zu analysieren und pragmatisch zu konzipieren.
- Nicht mehr den Tanz um das goldene Kalb fortsetzen und das Wachstum und seine (Nicht-) Nachhaltigkeit diskutieren (die Diskussion um Degrowth tanzt mit, nur in der anderen Richtung), sondern konkrete sozial-ökologische Ziele benennen und direkte Umsetzungsstrategien suchen (statt auf indirekte Effekte des Wachstums zu hoffen). Wirtschaftswachstum oder sein Ausbleiben sind dann nur noch Nebeneffekte der Nachhaltigkeitspolitik, wichtig insbesondere für den Finanzminister, aber nicht von allgemeiner Bedeutung.

2. Politiken und Mechanismen

- Eine realistische Anpassungsstrategie an den Klimawandel fordern. Diese muss nach dem Stand der Politik davon ausgehen, dass der Klimawandel bis Ende des Jahrhunderts 3° bis 4° C im globalen Durchschnitt erreichen wird, und damit ca. 6° bis 8° C über Land. Das erfordert schon relativ kurzfristig eine Umsteuerung von Bauwesen und Infrastruktur, Gesundheitssystem und Flächennutzungsplanung. Aus der Erkenntnis der Alternativen kann die Bereitschaft zur Verminderung der Schäden wachsen.
- Aus ähnlichen Gründen kann und sollte eine Vorsorge gegen Ressourcenmangel eingefordert werden, einschließlich Bevorratung für kurzfristige Knappheiten und Strategien für eine Wirtschaft und Gesellschaft, die ohne Öl, ggf. Gas und Kohle auskommt, für die die Erschöpfung oder Verknappung von seltenen Mineralien und Metallen kein Problem darstellt, etc.

3. Aktionen und Organisationen

- Auf der Ebene konkreter, vielfach schon heute umsetzbarer Maßnahmen sollten soziale Untergrenzen wie ökologische Obergrenzen als Orientierung dienen.
- Jedem Haushalt sollte ein den Mindestbedarf deckendes Freikontingent (Grundeinkommen, Deputat) an Heizmaterial (Öl, Gas, Kohle), Strom und Wasser sowie die Grundlage für die notwendige Mobilität (von der ÖPNV-Monatskarte bis zum Benzinkontingent) zur Verfügung

gestellt werden; solche Grundkontingente müssen unpfändbar sein. Die Kosten sollten (im Rahmen der Tarifgenehmigung) durch eine progressive Gestaltung der Tarife, also durch die Belastung des Mehrverbrauchs kompensiert werden. Eine solche Regelung sichert die Grundversorgung auch bei akuten Preissprüngen, denen eine staatliche Transferpolitik immer nur verzögert folgen kann. Strom- und Wassersperren würden so vermieden, und Einsparanreize gesetzt.

- Extraktionslizenzen (Bergbau, Steinbrüche, Brunnen,...) könnten nicht nur für einen bestimmten Ort und über eine bestimmte Zeit erteilt werden, sondern auch begrenzt auf eine bestimmte Menge. Damit entfielen für den Lizenzbesitzer der Anreiz, möglichst viel möglichst schnell auf den Markt zu werfen, um sein technisches Produktionspotenzial während der Laufzeit der Lizenz auszuschöpfen. Statt dessen wäre die (unternehmerisch) kluge Verteilung der genehmigten Fördermenge über die Laufzeit gefragt.

Generell gilt für alle Maßnahmen und Forderungen das sie so beschaffen sein müssen, dass in und nach den zu erwartenden Krisen die Bürger/innen sehen können, dass es ihnen besser ergangen wäre, wären diese Forderungen umgesetzt worden, und das die (zunächst zu erwartende) Ablehnung ihre persönliche Situation verschlechtert hat. So entsteht der „Sog“ für eine Alternative, und ihre Glaubwürdigkeit. Noch so gut gedachte Vorschläge, bei denen diese krisenfolgendämpfende Wirkung nicht erkennbar ist, wird in Krisenzeiten als „hätte ja auch nichts genutzt“ von der politischen Tagesordnung gewischt werden.